



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 02.08.2022

Niederschrift

über die **13. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 11.07.2022, 16:37 Uhr bis 18:01 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE	Vertreter von Herrn Richter
Frau Polina Frebel	SPD	Vertreterin von Frau Steinmann
Frau Katja Hoyer	FDP	Vertreterin von Herrn Sterck
Herr Manuel Jeschka	Volt	Vertreter von Frau Glashagen
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE	Vertreterin von Frau Martin

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Alexander Vogel

Gäste

Herr Philipp Busch AfD *zu TOP 6.1*

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE	vertreten durch Frau Yazicioglu
Herr Manfred Richter	GRÜNE	vertreten durch Herrn Derichsweiler
Frau Lisa Steinmann	SPD	vertreten durch Frau Frebel
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Frau Hoyer
Frau Jennifer Glashagen	Volt	vertreten durch Herrn Jeschka

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Frau Bettina Mötting

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 13. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

- 2.1.3 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation, Mündliche Anfrage von RM Kockerbeck (Fraktion Die Linke.) zum Infektionsgeschehen an Schulen und in Kindertagesstätten
2020/2022
- 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Trotz Eröffnung des Drogenkonsumraums mehr statt weniger Probleme am Neumarkt"
AN/1286/2022
- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "WDR-Beitrag über Finkenberg; Hier: Äußerungen des Herrn Beigeordneten Dr. Rau"
AN/1287/2022

Nichtöffentlicher Teil

- 8.1.1 Personalie
2070/2022
- 11.2 Liegenschaftsangelegenheit
2113/2022

II. Es liegen **zwei Dringlichkeitsanträge** vor:

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde"
AN/1295/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag in die Tagesordnung **aufgenommen.**

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke. und Volt betreffend "Antrag TOP 6.1 Integrationsrat 10.05.2022 - Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender"
AN/1297/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Damit ist der Antrag in die Tagesordnung **aufgenommen**.

III. Herr Busch bittet darum, den Tagesordnungspunkt

TOP 6.1

Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im Hauptausschuss am 21.03.2022 (AN/0638/2022)
1226/2022

vorzuziehen und vor TOP 2.1.1 zu behandeln.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt darüber **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Damit ist die Bitte von Herrn Busch abgelehnt.

Der Hauptausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

2.1.3 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation, Mündliche Anfrage von RM Kockerbeck (Fraktion Die Linke.) zum Infektionsgeschehen an Schulen und in Kindertagesstätten 2020/2022

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Trotz Eröffnung des Drogenkonsumraums mehr statt weniger Probleme am Neumarkt"
AN/1286/2022

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2022
2179/2022

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "WDR-Beitrag über Finkenbergr; Hier: Äußerungen des Herrn Beigeordneten Dr. Rau"
AN/1287/2022

Antwort der Verwaltung vom 11.07.2022
2184/2022

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

4.1 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätspflichtverletzung der OB Reker"
AN/0934/2022

4.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausländeramt zur Willkommensbehörde umgestalten"
AN/1280/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1293/2022

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.
AN/1298/2022

4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde"
AN/1295/2022

4.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke. und Volt betreffend "Antrag TOP 6.1 Integrationsrat 10.05.2022 - Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender"
AN/1297/2022

5 Dringlichkeitsentscheidungen

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im Hauptausschuss am 21.03.2022
(AN/0638/2022)
1226/2022

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

- 8.1.1 Personalie
2070/2022

- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

- 11.1 Personalangelegenheit
2015/2022

- 11.2 Liegenschaftsangelegenheit
2113/2022

12 Personalangelegenheiten

- 12.1 Personalangelegenheit
2060/2022

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation. Der Inzidenzwert liege derzeit bei 602,0. Köln liege damit etwa im Bereich des Bundes- und Landesdurchschnitt NRW.

Die Belegungszahlen in den Krankenhäusern auf den Allgemeinstationen seien nach einem Anstieg seit Mitte Mai nun stabil und auf den Intensivstationen stabil bis leicht rückläufig. Es befänden sich mit Stand Anfang Juli 2022 200 infizierte Patient*innen in den Kölner Krankenhäusern, 17 davon auf Intensivstationen.

Die Impfquote der Kölner Bevölkerung betrage derzeit für die Zweitimpfung circa 82 Prozent und für die Boosterimpfung knapp 70 Prozent. Sie liege damit deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt.

2.1.2 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine

Frau Stadtdirektorin Blome informiert über die aktuelle Entwicklung der Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine.

In diesem Zusammenhang erläutert sie, dass 94% der bei Ausländeramt bis vergangenen Freitag erfassten Personen eine ukrainische Staatsbürgerschaft besitzen. Die übrigen Personen seien Drittstaatsangehörige.

Weiterhin stellt sie die aktuellen Zahlen zur Unterbringungssituation in Köln vor. Die Stadt Köln verfolge weiterhin das Ziel, die Unterbringung in Beherbergungsbetrieben deutlich zu reduzieren.

Zudem informiert Frau Stadtdirektorin Blome über den aktuellen Stand zum Rechtskreiswechsel vom Asylbewerberleistungsgesetz in SGB II bzw. SGB XII und der Schulunterbringung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine.

Herr Cremer fragt in Bezug auf die vom Ausländeramt erfassten Personen aus Drittstaaten nach der Verteilung der Nationalitäten.

Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.2 zur Niederschrift:

In Köln sind aktuell insgesamt 731 Geflüchtete aus der Ukraine mit Drittstaatsangehörigkeit erfasst.

Die Verteilung der Nationalitäten ist sehr vielfältig. Die 10 häufigsten Nationalitäten können der anliegenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	Anzahl Personen
nigerianisch	83
marokkanisch	74
iranisch	67
armenisch	50
russisch	49
aserbaidyschanisch	40
tadschikisch	28
syrisch	27
usbekisch	26
vietnamesisch	26
Sonstige	261
Gesamt	731

2.1.3 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation, Mündliche Anfrage von RM Kockerbeck (Fraktion Die Linke.) zum Infektionsgeschehen an Schulen und in Kindertagesstätten 2020/2022

Herr Kockerbeck fragt, ob der Verwaltung bereits Informationen vom Schulministerium NRW in Bezug auf eine mögliche Wiedereinführung von Testungen in Kindertagesstätten und Schulen im kommenden Schuljahr vorlägen. Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1.3 zur Niederschrift:

Der Verwaltung liegen aktuell keine Informationen zur Wiedereinführung der Testungen an den Schulen seitens des Landes vor.

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW (MKJFGI) hat mit Schreiben vom 14. Juli 2022 über die Lieferung von Antigen-Selbsttests in der Kindertagesbetreuung informiert.

Die erste Auslieferung ist für die 31. KW (1. August bis 5. August 2022) angekündigt. Die Auslieferung erfolgt allerdings rein vorsorglich und für eine begrenzte Zeitspanne. Sie ist insbesondere kein Vorgriff auf die noch mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW in Abstimmung befindliche Teststrategie für den Herbst.

Die Tests dienen der anlasslosen Testungen der betreuten Kinder. Sie werden als Selbsttests zur Verteilung an die Eltern der betreuten Kinder zur Verfügung gestellt. Die Träger bieten Testungen im Rahmen ihrer Arbeitsschutz- und Fürsorgeverpflichtungen für die Mitarbeitenden an.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Plätze mit besonderem Handlungsbedarf: Trotz Eröffnung des Drogenkonsumraums mehr statt weniger Probleme am Neumarkt"
AN/1286/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 11.07.2022
2179/2022**

Der Hauptausschuss stellt die Antwort der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung zurück.

**3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "WDR-Beitrag über Finkenbergr; Hier: Äußerungen des Herrn Beigeordneten Dr. Rau"
AN/1287/2022**

**Antwort der Verwaltung vom 11.07.2022
2184/2022**

Der Hauptausschuss stellt die Antwort der Verwaltung bis zur nächsten Sitzung zurück.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**4.1 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Neutralitätspflichtsverletzung der OB Reker"
AN/0934/2022**

Herr Cremer begründet den Antrag der AfD-Fraktion und teilt mit, es handele sich um einen Antrag nach § 44 Geschäftsordnung, bei dem der Hauptausschuss vermitteln solle.

Die Fraktion Die FRAKTION teilt mit, dass sie in der Aussage von Frau Oberbürgermeisterin Reker keine unzulässige Vorverurteilung sehe.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stellt fest, dass Frau OB Henriette Reker in der Sitzung des Rates am 09.11.2021 die Haushaltsrede von Herrn Boyens mit der Aussage „wir werden selbstverständlich prüfen, welche Aussagen von Ihnen justiziabel sind“ eine unzulässige Vorverurteilung vorgenommen hat.

Der Hauptausschuss rügt die nicht neutrale Sitzungsleitung der Oberbürgermeisterin und fordert sie auf zukünftig ihre Neutralitätspflicht zu wahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

**4.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Ausländeramt zur Willkommensbehörde umgestalten"
AN/1280/2022**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1293/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.
AN/1298/2022**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Die antragstellenden Fraktionen des Ursprungsantrages erklären, dass sie die Inhalte des Änderungsantrages der FDP-Fraktion übernehmen.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke.

Beschluss:

1. Der letzte Satz der Begründung: **Ziel der externen Untersuchung und Konzeptvergabe ist es daher, auf Grundlage der Analyse, mit professioneller Expertise und mit Hilfe des Kölner Expert*innengremiums ein Konzept zu erarbeiten, das konkrete Maßnahmen und Strategien zur Umsetzung benennt.**

Wird als eigenständiger Beschlusspunkt nach Punkt 2 eingefügt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke. und Die FRAKTION abgelehnt.

II. Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den Ergänzungen aus dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

1. Die bisher schon eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung des Zielbildes des Ausländeramts werden ausdrücklich begrüßt (s. Mitteilung 1996/2022).
2. Eine*n externe*n Dienstleister*in mit Expertise im Bereich der interkulturellen Öffnung soll die Ausländerbehörde bei ihrem Entwicklungsprozess fachlich begleiten. Die erforderlichen Finanzmittel für die externe Vergabe stehen im Haushaltsjahr 2022 im Teilplan 0209 Ausländerangelegenheiten in Höhe von 60.000 € zur Verfügung.
3. Die Verwaltung wird dabei unterstützt sich in ihrer Dienstleistungsorientierung zu einer Willkommensbehörde zu entwickeln. Zur Weiterentwicklung und Optimierung der Prozesse und des Servicegedankens sollen alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen und mit hoher Priorität umgesetzt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende September 2022 die Kriterien für die Ausschreibung festzulegen. Hierfür soll ein geeignetes Gremium gebildet wer-

- den unter Hinzuziehung von externen Akteur*innen. Das Gremium begleitet den gesamten Prozess.
5. Das Begleitgremium soll vorab dem Integrationsrat, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales sowie dem Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren vorgestellt werden. Das Ergebnis des Gesamtprozesses und etwaige Zwischenergebnisse werden den genannten Ausschüssen sowie dem Integrationsrat ebenso vorgelegt.
 6. *Im Rahmen des Landesförderprogrammes KIM soll außerdem die intra- und interkommunale Zusammenarbeit gestärkt werden, wobei eine engere Zusammenarbeit der Ämter innerhalb der Stadt Köln wichtige Arbeits- und Informationsprozesse entbürokratisieren könnte.*
 7. *Es soll geprüft werden, inwieweit die bei der Untersuchung gewonnenen Ergebnisse sich auch auf andere Bereiche der Verwaltung übertragen lassen, um auch dort die Dienstleistungsorientierung zu stärken.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- III. Die Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion hat sich damit **erübrigt**.

**4.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Sicherstellung des Kinderwohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde"
AN/1295/2022**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert das Vorgehen der Ausländerbehörde der Stadt Köln bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, insbesondere bei Betroffenheit von Minderjährigen. Zudem setze sich die Stadt Köln dafür ein, dass das Land NRW zeitnah eine entsprechende Vorgriffsregelung erlässt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine zusätzliche schriftliche Ausführung zu.

Die CDU-Fraktion schlägt aufgrund von weiterem Beratungsbedarf vor, die Vorlage zur Entscheidung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales und zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss und den Integrationsrat zu verweisen.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, die Punkte 1-3 wie von der CDU-Fraktion vorgeschlagen zu verweisen und über Punkt 4 in dieser Sitzung abzustimmen.

I. Abstimmung über den Verweisungsantrag der CDU-Fraktion

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss und den Integrationsrat und zur Entscheidung in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt und der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

II. Die Beschlussfassung über den Verfahrensvorschlag der SPD-Fraktion hat sich **erledigt**.

4.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke. und Volt betreffend "Antrag TOP 6.1 Integrationsrat 10.05.2022 - Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender“ AN/1297/2022

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Frau OB Reker erteilt Frau Gabrysch einen Ordnungsruf gem. § 27 Absatz 2 Satz 1, Alt. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen aufgrund einer ungebührlichen Äußerung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass die Stadt Köln den Beschluss aufgrund der aktuellen Rechtslage zum Anspruch auf Leistungen nach dem SBG II für geflüchtete Personen aus der Ukraine nicht umsetzen dürfe. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten, auch wenn sie die Zielrichtung des Antrages verstehe.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt den Antrag TOP 6.1 des Integrationsrates vom 10.05.2022 (mit Anpassungen):

Die Verwaltung stellt die Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Geflüchteter aus der Ukraine - unabhängig ihrer Herkunft und Nationalität – sicher und unterbindet strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlung.

Für Geflüchtete aus der Ukraine bedeutet dies insbesondere:

1. Die Stadt Köln stellt sicher, dass die Aufnahme- und Hilfsangebote allen Geflüchteten aus der Ukraine gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden – unabhängig von Pass oder Aufenthaltstitel.
2. In Bereichen, in denen für die Inanspruchnahme das Vorzeigen des Ukrainischen Passes notwendig ist, stellt die Stadt Köln eine gleichwertige Bescheinigung für alle aus der Ukraine fliehenden Personen aus.
3. Die Stadt Köln vertritt die Haltung, dass in Bezug auf die Unterstützung und Aufnahme von BiPoC-Personen an den Grenzen keine Unterschiede gemacht werden. Die Oberbürgermeisterin setzt sich dafür auch explizit beim Städtetag Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Städtetag ein.
4. Die Stadt Köln setzt sich dafür ein, dass die Universitäten und Hochschulen der Stadt ausländische Studierende aus der Ukraine schnell und unbürokratisch übernehmen und immatrikulieren können. Dazu werden die Ermessensspielräume auf der kommunalen Ebene für die schnelle Gewährung des notwendigen Aufenthaltstitels zugunsten der Betroffenen vollumfänglich ausgeschöpft.
5. Die Ausländerbehörde Köln stellt sicher:
 - dass Anträge insbesondere von anspruchsberechtigten Personen nach Art. 2 Abs. 2 und 3 des Durchführungsbeschlusses des EU-Rates vom 04.03.2022 auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG,

entsprechend des 2. Länderschreibens des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 14.04.2022 angenommen, den eingeräumten „erheblichen Ermessensspielraum“ (BMI), Seite 7) ausnutzend wohlwollend bearbeitet und Fiktionsbescheinigungen, die zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit berechtigen, ausgestellt werden.

6. Wir fordern, dass die o.g. Maßnahmen (Punkte 1-5) für **alle** Menschen gelten die fliehen mussten – unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Land und Religion. Wir fordern außerdem, dass das Mehrklassensystem unter geflüchteten Menschen beendet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion und der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hier: Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Rechtsbrüche in der Bezirksvertretung Chorweiler" im Hauptausschuss am 21.03.2022 (AN/0638/2022) 1226/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die Verwaltung die Stellungnahme in der Beschlussvorlage zu Ziffer 2 des Antrages im Hinblick auf die mündlichen Ausführungen der Antragssteller zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.11.2021 erneut geprüft habe und verweist auf die ergänzende Stellungnahme zu diesem Punkt in Anlage 2 zur Vorlage.

Sie teilt mit, dass Herr Bezirksbürgermeister Zöllner heute verhindert sei. Er habe vorab mitgeteilt, dass er der Sachverhaltsdarstellung in der Verwaltungsvorlage nichts hinzuzufügen habe und die dort ausgeführte rechtliche Bewertung teile.

Der Vertreter der AfD-Fraktion in der Bezirksvertretung Chorweiler erläutert seine Position und spricht sich für eine Überprüfung der Tonaufnahme der betroffenen Sitzung aus.

Frau Oberbürgermeisterin Reker erläutert, dass Zweifel an der Richtigkeit bzw. Vollständigkeit der Niederschrift gegenüber der Bezirksvertretung geltend zu machen seien. Sie sagt eine Prüfung zu, ob die Tonaufnahme noch existiert und schlägt eine weitere Klärung auf bilateraler Ebene mit der Bezirksvertretung Chorweiler vor. Der Vertreter der AfD-Fraktion in Chorweiler erklärt sich damit einverstanden.

Frau Oberbürgermeisterin Reker schlägt vor, die Angelegenheit gem. § 17 Abs. 1 Buchstabe b) i. V. m. § 18 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für erledigt zu erklären und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Angelegenheit ist erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Wärmehallen

Herr Cremer bittet die Verwaltung mitzuteilen, inwieweit sie auf etwaige Einschränkungen bei der Gasversorgung in Deutschland und damit in Köln z.B. mit Aufwärmhallen regieren wolle. Er möchte wissen, welche Art von Planungen es für Köln bei einem Zusammenbruch der Heizungsversorgung gebe und ob bereits entsprechende Anweisung von der Landes- und Bundesregierung existieren würden.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7.1 zur Niederschrift:

Die Verwaltung bereitet sich in Abstimmung mit den maßgeblichen Stakeholdern aus dem Konzern Stadt Köln bereits seit Monaten auf mögliche Mangellagen im Bereich der (Wärme-) Energieversorgung vor. In die Abstimmungen fließen auch alle Erkenntnisse ein, die seitens Bund und Land oder von kommunalen Spitzenverbänden oder Interessenverbänden (z.B. Deutscher Städtetag, BDEW etc.) kommuniziert werden. Seitens des Bundes wird derzeit eine entsprechende Rechtsverordnung erarbeitet

Im Rahmen der Abstimmungen wurden bereits eine Vielzahl von Maßnahmen geprüft, die sowohl kurzfristig aktiviert werden können, als auch eher eine langfristige Perspektive aufweisen. Hierzu gehören bspw. die erwähnten und denkbaren Wärmestuben für vulnerable Personengruppen.

Im Ergebnis wird – abhängig von tatsächlich zu erwartenden oder eintretenden Mangellagen – gesamtstädtisch abgewägt, wann Maßnahmen gestuft aktiviert werden, da diese im Falle von massiven Mangellagen zu Veränderungen von bisherigen kommunalen Angeboten führen können.

7.2 Vorkehrungen für einen etwaigen Zusammenbruch der Stromversorgung

Herr Cremer fragt, welche Vorkehrungen die Verwaltung für einen etwaigen Zusammenbruch der Stromversorgung getroffen habe und insbesondere welche Planungen es seitens der Verwaltung gebe, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen und die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten. Ferner fragt er, welche Beschaffungsplanungen die Verwaltung habe, um mit zukünftigen Blackouts in Köln umgehen zu können (z.B. Notstromgeräte).

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

7.3 DEVK

Herr Cremer spricht die aktuelle Medienberichterstattung zum Standort der DEVK an und bittet um Erläuterung und Information, ob das Thema als Chefsache bei der Oberbürgermeisterin angesiedelt sei.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

7.4 Außengastronomie

Herr Joisten fragt nach einem von der Verwaltung geplanten Treffen mit Interessenvertretungen zum Thema Außengastronomie. Er bittet hierzu um Beteiligung der Politik und Einordnung des Termins im Zusammenhang mit dem in der Ratssitzung vom 20.06.2022 beschlossenen Konsultationskreis.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7.4 zur Niederschrift:

Im Rahmen des Fortschreibungsprozesses des Gestaltungshandbuchs haben die Regeln zur Anordnung und Gestaltung der Außengastronomie verwaltungsintern einen guten Stand erreicht, an den die Kommunikationsstrategie zur Einbindung der Öffentlichkeit optimal aufsitzen kann.

Eine Vorabstimmung zur Klärung von noch offenen Fragen zum Thema Barrierefreiheit und Anordnung wird es am 15.08.2022 mit dem Arbeitskreis barrierefreies Köln geben. Eine weitere Vorabstimmung wird am 22.08.2022 mit Vertreter*innen aus der Gastronomie stattfinden. Hierauf kann dann ein nachhaltiger Austausch beginnen, der dem Beschluss folgend Vertreter*innen der Verwaltung, der Politik, der Behindertenvertretungen und der Gastronomieverbände einbindet. Der zuständige Fachausschuss wird per Mitteilung informiert.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin